

1 Begrüßung; TOPs

Herr Bach eröffnet die Sitzung des Beteiligungsrates (BR), begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste und stellt die Tagesordnung vor, die von den anwesenden Mitgliedern angenommen wird.

2 Aktionen des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ und die mögliche Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsrat Potsdam

Herr Fröhlich erläutert zu Beginn kurz die aktuelle Situation und berichtet über geplante Aktionen des Bündnisses. Anschließend besprechen die Mitglieder des BR die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Bündnis.

Das Bündnis existiert seit circa 20 Jahren und besteht aus ungefähr 80 Organisationen. Anlass zur Gründung des Bündnisses war der tätliche Übergriff auf einen Äthiopier. Ziel ist es, ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Potsdam zu setzen. Im Zuge der Arbeit des Bündnisses hat sich unter anderem auch der Verein Neues Potsdamer Toleranzedikt gegründet.

Die aktuelle politische Situation zeichnet sich dadurch aus, dass die AfD, die in Teilen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht, inzwischen auf deutlichen Rückhalt in der Bevölkerung stößt und insbesondere im Landtag gut vertreten ist. Dieser Umstand ist auch für die bevorstehenden Wahlen in Potsdam und im Land Brandenburg relevant. Nach dem Geheimtreffen in Neu-Fahrland fand eine deutliche Mobilisierung der Potsdamer Zivilgesellschaft und Bevölkerung statt, die sich insbesondere in großen Demonstrationen äußerte. Das Bündnis beschäftigt sich derzeit mit der Frage, wie diese Mobilisierung der Potsdamer:innen verstetigt werden kann.

Eine geplante Aktionen, die Herr Fröhlich mitorganisiert, ist das Demokratiefest für Toleranz und Vielfalt, das am 21. September 2024 (einem Tag vor den Landtagswahlen) von 15.00 bis 21.00 Uhr auf dem Gelände der Schiffbauergasse stattfinden wird. Neben einem Kulturprogramm wird es dort einen Markt der Möglichkeiten geben, auf dem sich an Marktständen 40 Projekte vorstellen können, die sich für die Stärkung der Demokratie, Toleranz und Vielfalt einsetzen. Ziel des Festes ist es zu zeigen, welche Initiativen und Organisationen es in Potsdam zur Stärkung der Demokratie und Toleranz gibt und damit den Besucher:innen die Möglichkeiten für ihr Engagement aufzuzeigen. Darüber hinaus möchte das Fest die Besucher:innen dazu motivieren, am nächsten Tag wählen zu gehen.

Parallel zum Demokratiefest findet eine Demonstration am Alten Markt statt. Die Organisator:innen des Demokratiefestes stehen mit den Veranstalter:innen der Demonstration im Austausch, um die beiden Initiativen miteinander zu verknüpfen.

Im Anschluss stellen die Mitglieder des BR einige Fragen Herrn Fröhlich und besprechen ein mögliches Engagement des BR auf dem Demokratiefest.

- Wäre es nicht sinnvoller, die Aktionen in Teilen Potsdams durchzuführen, in denen die AfD besonders stark ist?
 - o Neuere Untersuchungen zeigen, dass die Wählerschaft der AfD insbesondere Männer zwischen 30 und 60 Jahren sind und auch aus dem bürgerlichen Milieu stammen. Deshalb ist es nicht unbedingt notwendig, nur in die sozial schwachen Bezirke Potsdams zu gehen.

Der BR ist sich einig, dass er mit einem Stand auf den Demokratiefest vertreten sein will. Die Inhalte und Form der Präsentation an dem Stand müssen noch weiter ausgearbeitet werden. Folgende Ideen wurden in der Sitzung geäußert:

- Es ist wichtig zu zeigen, dass Demokratie wirkt. Am Stand soll gezeigt werden, wie die Potsdamer:innen ihre Stadt mitgestalten können und welche Möglichkeiten der Beteiligung und des Engagements existieren. Deshalb soll neben der Arbeit des BR auch das Spektrum der verschiedenen demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten vorgestellt werden. Deshalb soll der BR den Stand möglichst gemeinsam mit der WerkStadt für Beteiligung durchführen, um die verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten in Potsdam sowie das Potsdamer Modell der Bürgerbeteiligung vorzustellen.
- Es sollen insbesondere die Erfolge des BR dargestellt werden, um zu zeigen, dass demokratisches Engagement wirkt. Hierfür kann der Jahresbericht, den Frau Jordan im Ausschuss PTD vorgestellt hat, eine gute Grundlage bilden.
- Die Darstellung der verschiedenen Engagementmöglichkeiten sollte auch in Zusammenarbeit mit anderen Potsdamer Beiräten (Migrant:innen, Senioren etc.) erfolgen. Wie die genaue Zusammenarbeit aussehen kann, muss noch geklärt werden. Das Gelände des Schiffbauerdamms bietet die Möglichkeit, thematisch ähnliche Stände zusammenzustellen. Das sollte bei der möglichen Zusammenarbeit mit anderen Beiräten berücksichtigt werden.
- Die Präsentation der Inhalte am Stand sollte möglichst viele Bilder und Grafik umfassen und nicht textlastig sein. Hierfür könnte auch das Fließdiagramm von Herrn Daenzer genutzt werden. Denkbar ist eine Galerie der Erfolge des BR und der Beteiligungsmöglichkeiten in Potsdam.
- Da der BR Anfang 2025 neu besetzt wird, kann das Demokratiefest auch dazu genutzt werden, Werbung für die Mitgliedschaft im BR zu machen.
- Wie bei der Wahlveranstaltung am 03.05.2024 soll der Stand die Besucher:innen dazu ermutigen, wählen zu gehen.

Die Vorbereitungen für die Gestaltung des Standes und der Inhalte muss möglichst zeitnah beginnen. Herr Fröhlich hat sich bereiterklärt, in der Gruppe mitzuarbeiten. Weitere Mitglieder des BR werden noch gesucht. Die WerkStadt für Beteiligung hat ihre Unterstützung bei der Vorbereitung zugesagt.

3 Aktuelles

3.1 *Stadtteilvertretungen*

Anstelle des Prozessmonitors stellt Kay-Uwe Kärsten das Konzept der Stadtteilvertretungen vor, dass im Ausschuss PTD und dem Hauptausschuss vorgestellt wurde.

Das Konzept ist vom Büro des Oberbürgermeisters entwickelt und vorgestellt worden. Sowohl der Ausschuss PTD als auch der Hauptausschuss haben das Konzept abgelehnt und eine Überarbeitung gefordert. Derzeit sind die nächsten Schritte und der Zeitplan für die Überarbeitung unklar.

Das Konzept aus dem Büro der OBM teilt Potsdam in sieben gleichgroße Bezirke auf, die sich an den Sozialräumen orientieren. Diese Aufteilung passt jedoch nicht zu den eigentlichen Stadtteilen und haben deshalb wenig Stadtteilbezug. Die Stadtteilvertretungen sollen aus 15 Personen bestehen: acht politischen Vertreter:innen und sieben gelosten Bürger:innen. Diese starke Standardisierung der Stadtteilvertretungen passt ebenfalls nicht zu den Umständen und Gegebenheiten vor Ort.

Ein Vorteil des Konzeptes ist der klare strukturelle Anschluss der Stadtteilvertretungen an die SVV. Sie erfolgt über das Büro des OBM und räumt den Vertretungen ein Rederecht in der SVV ein.

Frau Jordan berichtet, dass die Stadtteilvertretung auch im Ausschuss PTD kritisch besprochen wurden. Der Ausschuss sprach sich für ein flexibleres Konzept aus, Sie sollen sich, ähnlich wie Bürgerräte, zeitlich begrenzt mit einem bestimmten Thema auseinandersetzen.

Kay-Uwe Kärsten berichtet, dass es bereits einige Initiativen für die Etablierung von Stadtteilinitiativen in Potsdam gibt. Die Stadtteile Waldstadt und Bornstedt haben bereits ein Konzept für Stadtteilvertretungen entwickelt und umgesetzt. Diese Initiativen werden im Konzept des OBM nicht erwähnt. Es ist unklar, wie die bestehenden Vertretungen in das Konzept integriert werden.

Weitere Kritikpunkte am Konzept sind:

- Die vorgesehene Legislatur von fünf Jahren ist zu lang.
- Die Rechte und Wirkungsräume der Stadtteilvertretungen sind nicht geklärt. Damit ist unklar, wie die SVV mit den Ideen und Forderungen der Stadtteilvertretung umgehen soll.
- Die Form der Stadtteilvertretungen sollte nicht für alle Stadtteile festgelegt sein. Es ist sinnvoll, den Stadtteilen Spielräume für die Gestaltung ihrer Vertretungen zu gewähren, damit sie an die vorliegenden Umstände und Bedarfe angepasst werden können.
- Stadtteilvertretungen sollten auch aus der Stadtgesellschaft heraus gegründet werden können. Es ist jedoch unklar, ob und wie das funktionieren kann.

Kay-Uwe Kärsten schlägt vor, die Stadtteilvertretungen als einen Möglichkeitsraum mit klarer Anknüpfung an die SVV zu verstehen, der Platz für verschiedene Ausgestaltungen lässt.

3.2 Bericht aus dem Ausschuss PTD

Der Ausschuss PTD hat den BR für sein Engagement bei der Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts Potsdam gelobt.

Frau Jordan informiert, dass die Zukunft des Ausschusses PTD ungewiss ist. Es ist möglich, dass er nach den kommenden Wahlen zur SVV in Potsdam aufgelöst wird.

3.3 Stellungnahme zur Einführung von Bürgerräten in Potsdam

Der BR befasst sich zum Ende der Sitzung mit dem Entwurf der Stellungnahme zur Einführung von Bürgerräten in Potsdam. Der erste Entwurf wurde von Heinz Kleger erstellt und von Frau Wilke überarbeitet (siehe Anhang).

In der Sitzung wurde der Entwurf erneut besprochen. Dabei wurde insbesondere noch einmal die Kontrollfunktion des BR diskutiert: Der BR soll auch den Ablauf von Bürgerräten kontrollieren, um sicherzustellen, dass sie den Standards guter Beteiligung entsprechen. Es muss aber unbedingt darauf geachtet werden, dass diese Kontrolle nicht eine Überforderung für den ehrenamtlich tätigen BR ist.

Folgende Änderungen wurden vorgeschlagen:

- Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es die Stadtteilspaziergänge nicht mehr gibt und sie deshalb aus der Stellungnahme gestrichen werden sollen.
- Der Begriff Stadtteilräte soll durch Stadtteilvertretungen ersetzt werden.
- Vorschlagsrecht:
 - o Zu Beginn des zweiten Satzes die Formulierung ändern: „Wir empfehlen...“ statt „Wir sind der Auffassung...“
 - o Im zweiten Absatz noch einmal deutlicher machen, was mit dem Prüfrecht und Vorschlagsrecht gemeint ist. Das Prüfrecht umfasst die Prüfung, ob vorgeschlagene Themen für Bürgerräte tatsächlich für die Durchführung des

Verfahrens geeignet sind. Das Vorschlagsrecht gibt dem BR die Möglichkeit, Themen für die Bürgerräte vorzuschlagen. Dies können auch Themen sein, die aus der Stadtgesellschaft an den BR herangetragen werden.

- Weitere Möglichkeiten zur Kontrolle des Ablaufs können die stichprobenartige teilnehmende Beobachtung des Ablaufs und die Teilnahme an der Vorstellung der Ergebnisse einer externen Evaluation der Bürgerräte sein.

In der April-Sitzung des BR wird die finale Fassung der Stellungnahme zur Abstimmung gestellt.

4 Organisatorisches

4.1 *Wahlveranstaltung*

Die Wahlveranstaltung des BR findet am 03.05.2024 ab 17.00 Uhr statt.

4.2 *Nächste Sitzungstermine in 2024*

Folgende Termine:

Donnerstag, 18.04.2024

Donnerstag, 16.05.2024

Donnerstag, 13.06.2024

Donnerstag, 11.07.2024

4.3 *Themen für kommende Sitzungen*

- Vorstellung der Online-Beteiligungsplattform der LHP
- Wasserpatenschaften für Bäume
- AG Smart City: Vorstellung der Umfrageergebnisse
- Jörg Leben: Aktueller Stand des Projekts zur autoarmen Innenstadt Potsdam (Juni / Juli 2024)
- Austausch mit Vertreter:innen marokkanische Beteiligungsräte (Oktober 2024)

Anhang

Bericht im Ausschuss PTD

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Mike Schubert

Potsdam, den XX.XX.2024

Betreff: Anfrage zur Einrichtung von Bürger:innenräten in der Landeshauptstadt Potsdam

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schubert,

wir kommen auf Ihre Anfrage vom 12.09.2023 und Ihrem Wunsch nach einer Einschätzung zur Einrichtung von Bürger:innenräten in der Landeshauptstadt Potsdam zurück. Wir haben uns als Beteiligungsrat mit diesem Thema auseinandergesetzt. Dafür haben wir dankbar die Expertise des RIFS Potsdam Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit - Helmholtz-Zentrum Potsdam verschiedenen hinzugezogen und die Aspekte in einer Debatte gegeneinander abgewogen. Die wesentlichen Empfehlungen stellen wir voran:

1. Die LHP sollte vom Instrument des Bürger:innenrats nur im begründeten Einzelfall und ausgesprochen zurückhaltend Gebrauch machen.
2. Vor jeder Entscheidung über die Einberufung eines Bürger:innenrats sollte die LHP den Beteiligungsrat um ein Votum bitten.
3. Die LHP muss jedem Bürger:innenrat die finanziellen und organisatorischen Mittel im jeweils erforderlichen Umfang zur Verfügung stellen.
4. Die LHP muss die Empfehlungen eines Bürgerrats veröffentlichen, sich mit ihnen im Detail auseinandersetzen und die Entscheidung darüber sowie die dafür maßgeblichen Gründe transparent machen.

Im Einzelnen:

Sie haben sich vom Beteiligungsrat eine Einschätzung zur Einführung von Bürger:innenräten in Potsdam gewünscht. Dies wird als Teil der Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung gesehen. Hier gilt es insbesondere zu klären, ob, wie und wann Bürgerräte eine sinnvolle und notwendige Ergänzung des bestehenden Beteiligungsangebotes sind und wie sie in die bestehenden Strukturen eingebettet werden können.

In Potsdam gibt es zum Stichwort Bürger:innenbeteiligung bereits viele Möglichkeiten und die Gefahr ist groß, dass kaum einer die verschiedenen Angebote kennt. Deshalb kommt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt ganz besonders darauf an, die bestehenden Angebote miteinander zu verschränken und effektiver zu machen.

Bereits neu hinzugekommen sind die **Stadtteilspaziergänge**, Bürgerbudgets, das Potsdam Lab und eventuell neue **Stadtteilvertretungenräte**, die sich ebenfalls in der Diskussion befinden. Um eine klare Differenzierung zu ermöglichen, sind einige terminologische Klärungen vorab nötig.

Was sind Bürger:innenräte ?

Bürgerräte sind nun, nach Irland und Frankreich, auch in Deutschland explizit angekommen und in aller Munde, auf Bundes - wie kommunaler Ebene. In Baden-Württemberg heißen sie inzwischen, um Verwirrung zu verhindern, "Bürgerforen".

In Potsdam gibt es bereits eine Reihe von Räten und Beiräten, die unterschiedlich konstituiert sind (berufen, gewählt oder gelost), die über Geschäftsordnungen verfügen oder nicht, die zum Teil mehr mit Expert:innen, zum Teil mehr mit Bürger:innen besetzt sind. Zum Beispiel: Migrantenbeirat, Gestaltungsrat Klimarat, Seniorenbeirat usw. Das sind - im Unterschied zu den Bürger:innenräten - dauerhafte Beiräte der Landeshauptstadt Potsdam. Dazu kommen die Ortsbeiräte, die über ein demokratisches Mandat verfügen.

Ein Bürger:innenrat ist dagegen kein weiteres bleibendes Gremium. Der Bürger:innenrat ist vielmehr ein Instrument, welches zur gezielten Bürger:innenbeteiligung genutzt werden kann. Er ist zeitlich begrenzt und wird nur zu einem bestimmten Thema eingerichtet (z.B. Klima, Demokratie, Deutschlands Rolle in der Welt, Ernährung und andere, auch kleinere Themen).

Der Bürger:innenrat wird durch Zufallsauswahl bestimmt und er bedarf zwingend einer Moderation. Diese kann durch ein Begleitgremium bzw. zusätzliche Expertise und/oder durch eine Koordinierungsstelle unterstützt werden. Dadurch wird für die notwendige inhaltliche Qualifizierung der gelosten Bürgerinnen und Bürger gesorgt.

Durch die sachliche Auseinandersetzung mit dem konkreten Thema sollen dabei konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik erarbeitet werden. Diese wirken jedoch nicht verbindlich, sodass die Überprüfung der Umsetzung dieser Ergebnisse bisher noch eine Schwachstelle des Verfahrens ist.

Kosten

Die erfolgreiche Einführung von Bürger:innenräten setzt ihre ausreichende Finanzierung voraus. Dieser Punkt ist nicht zu unterschätzen und von vornherein zu kalkulieren, ebenso wie das geeignete Thema und die Frist (bzw. die Dringlichkeit).

Die Organisation, Moderation, Expertise und Aufwandsentschädigung kosten nach Schätzungen aus der Praxis mindestens 30.000 €. Es ist für eine Kommune, die der wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung unterliegt, die wohl teuerste Form der Bürger:innenbeteiligung. Also sind das geeignete Thema, die Dringlichkeit und das Prozedere dieser Beteiligungsmethode besonders gut und gezielt auch im Hinblick auf die Brauchbarkeit zu überlegen und transparent nach außen zu kommunizieren.

Vorschlagsrecht

Wir empfehlen, dass der Beteiligungsrat ein Vorschlags- und Prüfrecht haben soll. Allerdings hat er nicht das alleinige Recht, Vorschläge, einen Bürgerrat zu einem bestimmten Thema einzurichten, zu machen. Dieses sollten ebenfalls der Oberbürgermeister, die Stadtverordnetenversammlung und Bürgerinitiativen haben.

Eine obligatorisches Prüfrecht sollte jedoch beim Beteiligungsrat liegen, da er zusammen mit der WerkStadt einen guten Überblick über die laufenden Beteiligungsverfahren und Beteiligungsangebote in der Stadt hat. Der Beschluss, einen Bürger:innenrat einzuführen, liegt bei der Stadtverordnetenversammlung, da dafür auch Haushaltsmittel eingesetzt werden müssen. Sie hat folglich ein Eigeninteresse daran, Ergebnisse des Bürger:innenrates umzusetzen, genauso wie beim aufwendigen Bürgerhaushalt.

Verbindlichkeit

Informelle Verfahren machen nur dann Sinn, wenn von vornherein verbindlich geklärt wird, was mit ihren Ergebnissen geschieht und im Rahmen des rechtlich Möglichen geschehen kann. Dabei soll eine Brücke von der Beratung möglichst bis zur Entscheidung in Bezug auf die Umsetzung gespannt werden. Die Stadtverordnetenversammlung und der Oberbürgermeister sollten verpflichtet sein, sich mit den Ergebnissen eines Bürger:innenrats auseinanderzusetzen und im Zweifel auch zu begründen, warum den Empfehlungen nicht gefolgt wird. Soweit den Empfehlungen eines Bürger:innenrats durch die Politik gefolgt wird, ist die Verwaltung verpflichtet, soviel wie möglich der erarbeiteten Handlungsempfehlungen der Bürger:innenräte umzusetzen und darüber Rechenschaft zu geben. Dieses Prozedere sollte ebenfalls zum obligatorischen Prüfrecht des Beteiligungsrates gehören.

Kombinatorische Demokratie

Von besonderem demokratietheoretischem Interesse sind neue Kombinationen der Zusammenarbeit und Entscheidung, zum Beispiel zwischen Bürger:innenräten und direkter Demokratie (wie in Irland) oder zwischen der neuen Online-Bürger:innenplattform, dem Potsdam Lab und den Bürger:innenräten sowie andere Kombinationen, die denkbar sind.

Dafür müssen allerdings legitimierte Entscheidungsinstanzen (Parlamente, Regierungen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen), Entscheidungsmacht an die Bürger:innen abgeben, zugunsten einer effektiveren Arbeitsteilung. Hier eröffnet sich ein Experimentierfeld für die kommunale Demokratie, das aus Sicht des Beteiligungsrates ganz im Sinne einer experimentellen Demokratie gut genutzt werden kann.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Beteiligungsrat der Landeshauptstadt Potsdam
Sprecher:innen-Team